



CDU-FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND



Die SPD-Fraktion in der
Landschaftsversammlung
Rheinland

Antrag-Nr. 14/121

öffentlich

Datum: 09.03.2016
Antragsteller: CDU, SPD

Bau- und Vergabeausschuss	31.05.2016	empfehlender Beschluss
Ausschuss für den LVR- Verbund Heilpädagogischer Hilfen	02.06.2016	empfehlender Beschluss
Sozialausschuss	20.06.2016	empfehlender Beschluss
Ausschuss für Inklusion	28.06.2016	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	29.06.2016	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	01.07.2016	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Inklusives Bauen für Menschen mit Behinderungen im Rheinland

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- die im Juni 2014 beratene Vorlage Nr. 13/3692 „Ersatzbedarf für nicht barrierefreie stationäre Wohnangebote der LVR-HPH-Netze“ zu aktualisieren;
- einen Kriterien-Katalog mit Standardanforderungen für inklusive individualisierte Wohnangebote im Rheinland unter Berücksichtigung der wesentlichen rechtlichen Rahmenbedingungen (WTG etc.) zu entwickeln und den voraussichtlichen Investitionsbedarf im Rahmen einer Grobkostenschätzung zu beziffern;
- ggf. unabweisbar dringende Investitionsbedarfe bereits im Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 zu berücksichtigen.

Begründung:

Der Koalitionsvertrag für die 14. Landschaftsversammlung sieht unter anderem die Förderung inklusiver Wohnverhältnisse für Menschen mit Behinderung im Rheinland vor. Dies begründet sich in der Überzeugung, dass das gemeinsame Wohnen von Menschen mit und ohne Behinderung ein wichtiger Beitrag zum inklusiven Leben ist.

Barrierefreiheit und angemessene, auch pflegerische oder technische Assistenzleistungen sollen in diesen Wohnformen begünstigt werden, um ein weitgehend selbständiges Leben unabhängig von der Intensität einer Behinderung zu ermöglichen. Lösungen im Sinne der „Quartiers-Konzeption“ werden dabei im Sinne der Inklusion bevorzugt.

Neben den fachlichen Anforderungen sind die wesentlichen rechtlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen darzustellen sowie die demographische Entwicklung der Kundinnen und Kunden sowie die Bedarfsentwicklung einzubeziehen.

Der vorliegende Antrag ist im Kontext zu sehen mit den bereits beschlossenen Anträgen 14/54 und 14/60 (jeweils vom 02.03.2015) „Neuaufstellung der Rheinischen Beamten-Baugesellschaft (RBB) und Förderung von inklusiven Wohnprojekten“ und „Angebote für Menschen mit besonderem Wohn- und Betreuungsbedarf“.

Frank Boss

Thomas Böll